



Abbau von Umweltauflagen: Erschließung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit durch vereinfachte EPR

Eine Forderung der Industrie nach einer klareren und schlankeren Regelung der Herstellerverantwortung zur Unterstützung des grünen Übergangs

Die Abfallwirtschaft spielt eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung der Ziele der Europäischen Union (EU) in Bezug auf Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft. Unsere Fähigkeit, wirksame, skalierbare Lösungen zu liefern, wird jedoch zunehmend durch **übermäßige Bürokratie, fragmentierte Vorschriften zur erweiterten Herstellerverantwortung (EPR) und ineffiziente Verwaltungsprozesse** behindert.

Während die EU **die Omnibus-Pakete** zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit vorantreibt und das **Gesetz über die Kreislaufwirtschaft** vorbereitet, fordern wir eine **sinnvolle Reform zur Verringerung des Verwaltungsaufwands** für unseren Sektor und die Schaffung eines **Regelungsumfelds, das Maßnahmen ermöglicht, anstatt sie zu behindern.**

Die Herausforderung: Komplexe und fragmentierte EPR-Systeme untergraben die Einhaltung der Vorschriften und die Nachhaltigkeit

Trotz der gemeinsamen Ziele der Kreislaufwirtschaft und der Umweltverantwortung leidet die derzeitige Umsetzung von EPR in den EU-Mitgliedstaaten:

- **Fehlende Harmonisierung:** Unterschiedliche nationale Vorschriften für Registrierung, Berichterstattung und Durchsetzung schaffen Rechtsunsicherheit, insbesondere für grenzüberschreitend tätige Unternehmen.
- **Uneinheitliche Definitionen und Verfahren:** Die Erzeuger sind mit unterschiedlichen Auslegungen dessen konfrontiert, was ein Produkt, ein Erzeuger oder ein Material ist.
- **Redundante Meldepflichten:** Unternehmen müssen oft dieselben Daten in unterschiedlichen Formaten und innerhalb unterschiedlicher Fristen an mehrere Behörden übermitteln.
- **Langsame und undurchsichtige Verwaltungsverfahren:** Die Registrierung oder die Genehmigung der Einhaltung von Vorschriften kann Monate dauern, was den Marktzugang von Produkten und die Innovation verlangsamt.

Diese Ineffizienzen **schwächen** nicht nur **die Einhaltung der Vorschriften**, sondern **ziehen** auch **Ressourcen** von wirkungsvolleren Nachhaltigkeitsmaßnahmen wie Rücknahmesystemen, Recycling-Innovationen und Verbraucherbeteiligung **ab**.

Unsere Empfehlungen: ein pragmatischer Ansatz zur Verringerung des Verwaltungsaufwands für EPR-Systeme

Ausgehend von den Erfahrungen bei der Umsetzung der EPR vor Ort schlagen wir die folgenden praktischen Verbesserungen vor, die mit den Zielen der Omnibus-Pakete und der EU-Agenda für Wettbewerbsfähigkeit im Einklang stehen:



1. Harmonisierte und klare EU-weite Vorschriften

- **Einheitliche Definitionen, Verpflichtungen und Fristen** in allen Mitgliedstaaten.
- Klärung der Frage, was ein Hersteller ist, und des Umfangs der EPR-Verantwortung in jeder Produktkategorie (z. B. Batterien, Verpackungen, Elektro- und Elektronik-Altgeräte).
- **Einzelne digitale Zugangspunkte** für Produzenten, die in mehreren Ländern tätig sind.

2. Vereinfachte Verwaltungsverfahren

- Setzen Sie **klare Fristen** (z. B. maximal 1 Jahr) für Genehmigungs- oder Registrierungsentscheidungen.
- Standardisierung von **Vorlagen für die Berichterstattung** und Verwendung **maschinenlesbarer Formate**.
- Förderung **elektronischer Unterschriften und digitaler Dokumente**, um Papier zu ersetzen.

3. Effiziente und transparente Beaufsichtigung

- Verringerung von **Doppelprüfungen und -registrierungen** durch Anerkennung der gegenseitigen Einhaltung von Vorschriften in den Mitgliedstaaten.
- Verbesserung der Feedback-Schleifen und Verringerung der Rechtsunsicherheit durch mehr Transparenz bei der Auslegung und Durchsetzung von Vorschriften durch die Behörden.

4. Klügere Rechtsetzung und gerechte Umsetzung

- Anwendung eines **"Praxistests"** auf vorgeschlagene Rechtsvorschriften, um sicherzustellen, dass die Umsetzung in einem angemessenen Verhältnis zur Unternehmensgröße und den Fähigkeiten des Sektors steht.
- Vermeidung von Überregulierung durch **Straffung der Vorschriften auf der Grundlage der Auswirkungen, nicht des Umfangs**.
- Gewährleistung einer **gerechten Kostenverteilung**, insbesondere für KMU und Start-ups, durch Vermeidung unnötiger doppelter Befolgungskosten.

Schlussfolgerung: Die Vereinfachung der EPR-Vorschriften ist für die grüne und wettbewerbsfähige Zukunft Europas unerlässlich

Der industrielle Wandel in Europa hängt von der **Klarheit, Schnelligkeit und Vorhersehbarkeit** seiner Regulierungssysteme ab. Als Unternehmen, die an vorderster Front der Nachhaltigkeit arbeiten, sind wir bereit und willens, unseren Teil dazu beizutragen. Aber wir brauchen die politischen Entscheidungsträger, um einen Rahmen zu schaffen, der so effizient und zukunftsorientiert ist wie die Ziele, die er unterstützt.

Wir fordern die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Gelegenheit der **Omnibus-Pakete** und des **Gesetzes über die Kreislaufwirtschaft** zu nutzen, um **echte bürokratische Erleichterungen** im Bereich der EPR zu schaffen. Ein stärker harmonisiertes und gestrafftes EPR-System wird es uns ermöglichen, mehr in **Innovation, Recycling-Infrastruktur und nachhaltiges Design** zu investieren und weniger in Papierkram.